



Januar 2011

Aushub-/Inertstoffentsorgung Region Basel-Laufen-Thierstein-Dorneck

Aktuelle Situation und Projekt zur Sicherung der Entsorgungsmöglichkeiten

1. Aktuelle Situation

In der Region Basel fallen Jahr für Jahr grosse Mengen an mineralischen Bauabfällen an. Während kiesiger Aushub und sauberer Bauschutt (Beton, Belag etc.) sehr weitgehend verwertet werden, muss lehmiger Aushub sowie Bauschutt und Aushub mit Verunreinigungen in geeigneter Form deponiert werden.

Besonders gross ist dabei der Volumenbedarf für Aushubmaterial, wo einem jährliche Materialanfall von 300'000 - 400'000 m³ (Festvolumen) heute praktisch keine Ablagerungsmöglichkeiten in der Herkunftsregion gegenüber stehen. Erschwerend wirkt sich hierbei die Landesgrenze aus, da sich die grossen Kiesgruben weitgehend in Frankreich oder Deutschland befinden. Die vom Gesetz verlangte Verwertung des sauberen Aushubmaterials zur Wiederherstellung von Abbaustellen ist somit nur bedingt möglich, da der grenzüberschreitende Export von Abfällen dem strengen EU-Recht untersteht. Zudem muss die weitere Entwicklung bei den Exportmöglichkeiten für Aushub als unsicher eingestuft werden, sodass die Bereitstellung zusätzlicher Ablagerungsstandorte im Inland zwingend ist. Dies betrifft den Kanton Basel-Stadt, die Bezirke Arlesheim und Laufen in Basel-Landschaft und die solothurnischen Bezirke Thierstein und Dorneck, während in den übrigen Bezirken bessere Entsorgungsmöglichkeiten für Inertstoffe bestehen. Diese können zwar vorübergehend auch für Lieferungen aus anderen Regionen beansprucht werden, doch ist das zusätzliche Verkehrsaufkommen als auch die rasche Erschöpfung der Reservevolumen nicht erwünscht und die Situation erfordert daher zusätzliche Ablagerungsmöglichkeiten in den Herkunftsregionen der Abfälle.

2. Projekt zur Sicherung zusätzlicher Ablagerungsmöglichkeiten

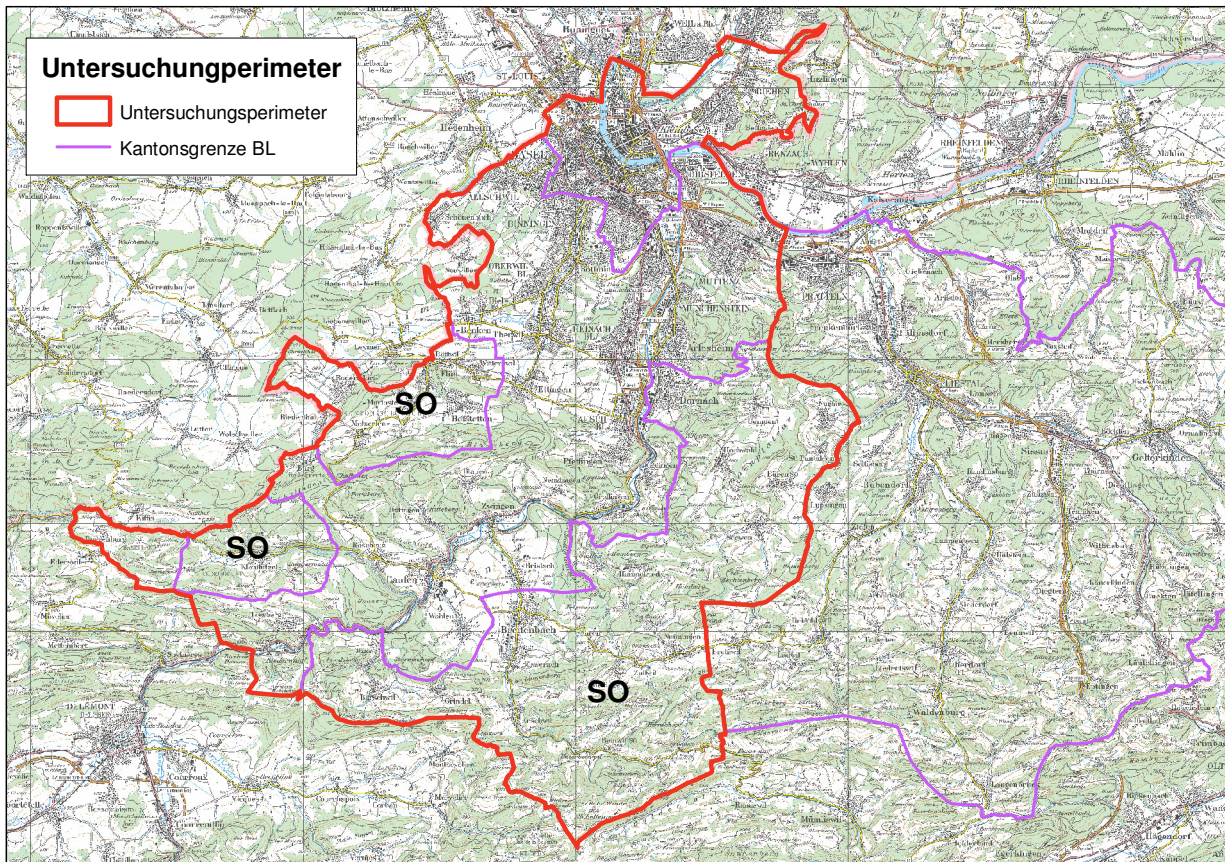
Die Kantone haben den gesetzlichen Auftrag, den Bedarf an Deponievolumen für einen Zeitraum von 20 Jahren zu ermitteln und geeignete Deponiestandorte raumplanerisch festzusetzen (Richtplan). Konkret geht es hier um Inertstoffdeponien¹⁾, auf denen nur mineralische Abfälle mit geringer Schadstoffbelastung sowie sauberes Aushubmaterial abgelagert werden.

Entsprechend diesem Auftrag haben die Kantone Solothurn, Basel-Stadt und Basel-Landschaft das Projektgebiet aufgrund der bestehenden Defizite bei den Ablagerungsmöglichkeiten gemeinsam festgelegt (siehe Kartenskizze auf der nächsten Seite).

Für die Bedarfsabschätzung stützen sich die Kantone auf Erfahrungswerte aus der Region und aus anderen Kantonen, wobei angesichts der vielen Einflussfaktoren (Baukonjunktur, künftige Behandlungs- und Verwertungsverfahren etc.) sowohl ein Szenario "mittel" als auch ein Szenario "gering" berücksichtigt wurden. Daraus ergibt sich, dass für die untersuchte Region jährlich zwischen 300'000 m³ und 500'000 m³ an Ablagerungsraum benötigt werden, wobei der Hauptanteil auf sauberen Aushub entfällt. Über einen Zeitraum von 15 - 20 Jahren summiert sich der

¹⁾ "Inert" bedeutet "stabil, ohne Reaktion mit der Umgebung" und umschreibt eine zentrale Anforderung an die Abfälle, welche weder Sickerwasser noch Luft in wesentlichen Ausmass belasten dürfen.

Volumenbedarf auf mehrere Millionen Kubikmeter, sodass wenn immer möglich Standorte mit grossem Volumen anzustreben sind.



Die Vorgehensweise bei der Standortsuche und Standortevaluation richtet sich weitgehend nach den Verfahren, wie sie im Konzept für die Aushub- und Bauschuttentsorgung 1998 des Kantons Basel-Landschaft beschrieben sind. Der Ablauf der Planung ist auf der nächsten Seite schematisch dargestellt. Daraus ist auch ersichtlich, wie die Gemeinden und Medien über die Planung orientiert und Gemeinden mit potenziellen Standorten im Evaluationsverfahren einbezogen werden.

Nachdem der Auftrag für das Fachbüro im Dezember 2010 ausgeschrieben wurde, können die konkreten Arbeiten der Phase 1 voraussichtlich im Februar 2011 starten und bis Ende Jahr abgeschlossen werden. Ein weiteres Jahr dürfte die Phase 2 beanspruchen, sodass die Festsetzung der am besten geeigneten Standorte im Richtplan etwa 2013 erfolgen könnte. Die weiteren Schritte bis zur Realisierung einer Deponie sind nicht mehr Aufgabe der Kantone, sondern müssen von einer Trägerschaft (z.B. Bauunternehmen/Gemeinden/Grundeigentümer) aufgegriffen werden.

Da auch diese Schritte sehr anspruchsvoll sein können, haben die Bauunternehmer vorgeschlagen, dass sich Branche und Kantone in einer geeigneten Form organisieren, um im öffentlichen Interesse die Realisierung geeigneter Deponien voranzutreiben. Entsprechende Überlegungen sollen parallel zum Projekt der Standortsuche unter Federführung der Verbände der Bauunternehmer laufen.

Die bewilligten Deponien stehen aber stets allen Nutzern aus der Region offen, welche die Materialanforderungen erfüllen.

